



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der Freien Demokraten
Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt aufs Schärfste die brutale Gewalt, die Verhaftungen und Tötungen von Tausenden Demonstrantinnen und Demonstranten im Iran durch das Mullah-Regime, das die Bevölkerung unterdrückt, fundamentale Menschen- und Minderheitenrechte missachtet und für systematische Hinrichtungen und Vergewaltigungen verantwortlich ist. Die aktuellen Berichte über Menschenrechtsverletzungen, staatliche Gewalt und Repression gegen die Zivilbevölkerung sind zutiefst erschütternd. Die Lage im Iran ist äußerst besorgniserregend und zeigt eine dramatische Verschärfung. Das iranische Regime ist ein Gegner von Freiheit, Frieden, Menschen- und Frauenrechten; es hat Proteste gewaltsam aufgelöst, Demonstrantinnen und Demonstranten erschossen und verwundet, Krankenhäuser angegriffen und deren Personal bedroht. Mit einer Internetsperre hat es versucht, den Mut der Demonstrantinnen und Demonstranten unsichtbar zu machen. Auch in der Vergangenheit ging das iranische Regime immer wieder brutal gegen die eigene Bevölkerung und insbesondere mutige Frauen vor. Der Fall der jungen, kurdisch-stämmigen Iranerin Jina Mahsa Amini, die 2022 wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die islamische Kleiderordnung durch schwere Gewalteinwirkung im Zusammenhang mit ihrer Festnahme durch die sogenannte Sittenpolizei ins Koma fiel und starb, löste weltweit eine Protestwelle aus. Die internationale Gemeinschaft musste bei all diesen Repressionen und Massakern hinsehen. Die iranische Bevölkerung ist jedoch auswärtige Unterstützung angewiesen. Der Landtag hofft deshalb, dass das iranische Regime durch die militärische Kampagne der amerikanischen und israelischen Streitkräfte endgültig geschwächt und durch das demokratische Momentum in der iranischen Bevölkerung zu Fall gebracht wird. Die wahllosen Gegenangriffe des iranischen Regimes zeigen erneut, welche strukturelle Gefahr es für eine friedliche Ordnung des Nahen Osten ist.
2. Der Landtag drückt seine volle Solidarität mit der Freiheitsbewegung im Iran aus und befürwortet schärfere Sanktionen und ein entschlossenes Handeln auf allen politischen Ebenen. Er begrüßt die jüngste Entscheidung, dass die Europäische Union wegen der blutigen Repressionen des iranischen Regimes beschlossen hat, die bereits ergriffenen Sanktionen gegen dessen Funktionäre nochmals deutlich zu verschärfen und die iranischen „Revolutionsgarden“ als Terrororganisation einzustufen. Dabei war es auch wichtig, dass deren Vermögenswerte eingefroren werden. Nun gilt es, diese Entscheidung mit allen verfügbaren straf- und ordnungsrechtlichen Instrumenten umzusetzen. Der Landtag begrüßt ferner die aufgrund der militärischen Unterstützung des Irans für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhängten Sanktionen und unterstützt das Vorhaben der Außenbeauftragten der Europäischen Union, die Exportbeschränkungen auf solche Komponenten zu erweitern, die der Iran für die Produktion von Drohnen und Raketen braucht.
3. Der Landtag drückt seine volle Solidarität mit den Iranerinnen und Iranern aus, die in Hessen leben und sich um ihre Familien sorgen. Er drückt allen sein Beileid aus, die Angehörige und Freunde verloren haben. Er würdigt, dass sich viele Iranerinnen und Iraner auch in Hessen engagiert für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Frauenrechte einsetzen. Das gilt insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet, wo immer wieder tausende Menschen gegen das iranische Regime protestieren. Der Landtag betont vor diesem Hintergrund, dass die deutsche Politik den strukturierten, regelmäßigen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen iranischen Opposition und der iranischen Zivilgesellschaft – insbesondere aus der Diaspora – intensiviert.

4. Der Landtag begrüßt den klaren Kurs der Hessischen Landesregierung gegen die Führung im Iran, die fest an der Seite der freiheitlich-demokratischen Kräfte und der Zivilgesellschaft steht. Der Landtag begrüßt darüber hinaus, dass die Bundesregierung im Oktober 2024 die Generalkonsulate in Hamburg, München und Frankfurt nach der Hinrichtung des Deutsch-Iraners Sharmahds geschlossen und im Zuge dessen auch das iranische Konsulatspersonal ausgewiesen hat. Die Einschränkung der diplomatischen Beziehungen und der harte Kurs gegenüber Repräsentantinnen und Repräsentanten des Regimes, die in Hessen nicht zu offiziellen Anlässen eingeladen werden, unterstreicht die Entschlossenheit gegenüber dem Regime.
5. Der Landtag erinnert an die Entscheidung der Hessischen Landesregierung des Jahres 2024, den Abschiebestopp gegenüber ausreisepflichtigen Iraninnen und Iranern aufgrund der besorgniserregenden Menschenrechtslage im Iran fortzusetzen. Eine Ausnahme gilt für rechtskräftig verurteilte Straftäter und Gefährder.
6. Der Landtag verurteilt die iranische Staatsdoktrin des Vernichtungsantisemitismus, die das Existenzrecht Israels leugnet und darauf abzielt, Israel als jüdischen und demokratischen Staat sowie jüdisches Leben auszulöschen. Der Landtag sieht die Versuche des Mullah-Regimes, die Staatlichkeit, Demokratie und Diversität in etlichen Staaten von innen auszuhöhlen, als erhebliche Bedrohung.
7. Der Landtag stellt fest, dass die Sicherheitsbehörden und der Rechtsstaat alles unternehmen, um Exil-Iranerinnen und Iraner in Hessen bestmöglich vor einer Bedrohung oder Verfolgung, Übergriffen, Spionage und sonstiger Einflussnahme durch das iranische Regime oder ihm nahestehende Organisationen zu schützen. Personen, die nachweislich für den iranischen Unterdrückungsapparat, insbesondere die „Revolutionsgarden“ oder die Nachrichtendienste tätig sind, müssen unser Land verlassen. Die vom Iran gesteuerten Aktivitäten des politischen Islams sind eine weltweite Bedrohung. Es ist Aufgabe des Verfassungsschutzes, mögliche Gefahren, denen insbesondere Angehörige der iranischen Diaspora ausgesetzt sein könnten, aufmerksam zu beobachten und abzuwehren. Insbesondere säkuläre und liberale Exil-Iranerinnen und Iraner erleben die aktuelle Situation mit Angst und Ohnmacht und haben ein hohes Bedürfnis nach Sicherheit.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. März 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas